Der Bund, [21.11.07]

Hitzige Gümligenfeld-Debatte

Die Initiative zum Gümligenfeld und auch der Gegenvorschlag des Gemeinderates polarisierten im Parlament

Nach einer emotional geführten Debatte stimmte das Parlament in Muri dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative Gümligenfeld mit 20 Ja- zu 16 Nein-Stimmen zu.

Bereits zu Beginn war klar, dass die Änderung der Überbauungsordnung Gümligenfeld im Parlament in Muri zu grossen Diskussionen führen würde. Zur Debatte standen gestern Abend die Volksinitiative «Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr» sowie der Gegenvorschlag des Gemeinderates. Über beide soll die Bevölkerung am 24. Februar 2008 abstimmen.

Die Initiative aus dem Jahr 2006 fordert, dass auf dem Gümligenfeld verkehrsintensive Nutzungen in Zukunft nicht mehr bewilligt werden, insbesondere «Fachmarkt-Ketten mit Tiefstpreis-Strategie». Mit seinem Gegenvorschlag will der Gemeinderat nicht die Art der Nutzung der Parzellen, sondern die Anzahl Fahrten pro Tag einschränken. Total sollen täglich höchsten 6500 Fahrten erlaubt sein.

«Der Gemeinderat kommt zum Schluss, dass die umweltverträgliche Entwicklung im Gümligenfeld nicht mit der Beschränkung von Gewerbezweigen, sondern mit Fahrtenkontingenten erreicht werden kann», sagte Gemeinderatspräsident Hans-Rudolf Saxer. Der Gegenvorschlag würde zudem das Vakuum in Bezug auf die 640 Parkplätze füllen. Durch eine Änderung der kantonalen Vorschriften ist die Parkplatzbeschränkung im Gümligenfeld nicht mehr gültig.

Polarisierte Fraktionen

In der Detailberatung und auch in der Schlussabstimmung standen sich geschlossene Fraktionen gegenüber. Die bürgerliche Mehrheit von FDP und SVP lehnte alle Abänderungsanträge des Forums und der SP ab. Die SP verlangte, dass beim Gegenvorschlag gewisse Änderungen vorgenommen werden, so zum Beispiel sollte die Anzahl täglicher Fahrten auf 4500 reduziert werden. Auch der Antrag der SP, nicht auf den Gegenvorschlag einzutreten und die Initiative allein zur Abstimmung zu unterbreiten, wurde abgelehnt. Aus Sicht der SVP stelle sich die Eintretensfrage nicht, sagte Markus Bärtschi, Fraktionspräsident der SVP. «Wir haben einen klaren Auftrag, eine Empfehlung für die Abstimmung abzugeben.»

Nachdem der Gegenvorschlag mit 20 Ja- zu 16 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen wurde, endete die lange Debatte mit einer Art Kampfansage im Hinblick auf die Abstimmung im Februar: «Wir haben die Schlacht verloren, aber noch nicht den Krieg», sagte SP-Fraktionspräsident Beat Wegmüller.

Der Bund, Pascale Hofmeier [21.11.07]